

**Niederschrift**  
**über die Sitzung**  
**der Kommission für Integration**  
**am 08.12.2011**  
**öffentlich**

Vorsitz: Frau StR Heinrich  
Referenten: Herr Pröbß

Anwesende:

<b>Beschließende Mitglieder:</b>	<b>Rat für Integration und Zuwanderung:</b>	<b>Sachverständige:</b>	<b>Nichtstadtrats- mitglieder &amp; sonstige</b>
Frau StR Alesik	Frau Liberova	Caritasverband Herr Ospel	Frau Bröring / KuF
Frau StR Niedermeyer	Herr Göbbel	Stadtmission Frau Dörr	Herr Markwirth/ KuF
Frau StR Buchsbaum	Herr Fernandez	Bayerisches Rotes Kreuz Frau Dietz-Hinzmann	Herr Wartzak/ PA
Herr StR Höffkes	Herr Krikelis	Kreisjugendring i.V. Herr Lang	Herr Scala / IG Rat
Herr StR Thiel	Frau Hauck	AWO Frau Woitzik-Karamizadeh	Herr Dr. Baier / Gh
Frau StR Loos			Herr Weiss / Gh
Herr StR Agathagelidis			Herr Schmitz/SenA
Frau StR Arabackyi			Herr Cooper Thompson /IG Rat
Frau StR Wojciechowski			Herr Kuch / EP
Herr StR Tasdelen			Herr Katianda
Frau StR Penzkofer-Röhl			Frau Alexie
Herr StR Würffel			Frau Dr. Fritz/ Bamf
Frau StR Zadek			Frau Yiyit/IG Rat
Frau StR Leo			

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17.20 Uhr

Frau StR Heinrich eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### TOP 1 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Bericht der Arbeitsgruppe

0.01.19	-0.08.55	<b>Herr Wartzak/PA</b> fasst die schriftliche Vorlage zusammen. Er weist daraufhin, dass der Bericht nicht explizit auf den Beschluss des Rates vom 18.10.2011 eingeht, da die Vorlage vorher verfasst wurde. Zu den offenen Fragen wird zu einem späteren Zeitpunkt Stellung genommen.
0.09.00		<b>Frau StR Penzkofer-Röhl</b> ist aufgefallen, dass anscheinend das Interesse an Fortbildungen generell nachlässt. Da das Thema jedoch so wichtig sei, insbesondere im sozialen Bereich, sollte versucht werden, verstärkt Teilnehmer/innen zu gewinnen. Die genannte Anzahl von 9 % Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund ist nach ihrer Meinung zu gering.
0.13.10		<b>Frau StR Leo</b> lobt die vielfältigen Maßnahmen. Gleichwohl sei aber vieles noch ausbaufähig. Angesichts der geringen Teilnehmerzahl (nur 250 TN stadtweit) sollte diskutiert werden, ob solche Fortbildungen nicht verpflichtend sein sollten, als Beispiel führt sie das Bundesamt an. Sie hat noch einige Fragen. Wie hoch ist die Teilnehmerzahl in den Bereichen Jugendamt und Sozialdienste? Sollten nicht IK Trainings auch für Nachwuchskräfte im gewerblichen Bereich angeboten werden? Da sehr hoher Fortbildungsbedarf im Bereich migrationssensibler Kinderschutz vorherrscht, stellt sich die Frage ob dies zu Lasten anderer Fortbildungsangebote gehe? Sie regt an, bei den Bemühungen MA mit Migrationshintergrund zu gewinnen, bestimmte Bewertungskriterien durch bestimmte Qualitäten z.B. eine andere Muttersprache zu ersetzen bzw. einfließen zu lassen.
0.21.10		<b>Frau StR Alesik</b> bezweifelt, dass die finanziellen Mittel vorhanden sind, um alle Fortbildungen verpflichtend zu machen. Sie zeigt sich verwundert dass so viele Nachwuchskräfte nicht aus Nürnberg stammen. Sie bittet darum, in künftigen Berichten aufzuzeigen, in welchen Laufbahnen die Menschen mit Migrationshintergrund tätig sind.
0.24.31		<b>Herr Göbbel/IG</b> bedankt sich für den umfassenden Bericht. Aus Sicht des Beirats gibt es positive Entwicklungen. Er befürwortet ebenfalls, Fortbildungen zur Pflicht zu machen.
0.28.00		<b>Herr StR Höffkes</b> weist daraufhin, dass gesetzliche Vorgaben die Stadt daran hindern, bestimmte Qualifikationen anders zu bewerten. Er meint jedoch im Lauf der Jahre wird sich das wandeln.
0.31.10		<b>Herr Wartzak</b> beantwortet die aufgeworfenen Fragen: Die AG MS Kinderschutz wird durch nicht-Städtische Einrichtungen wie z.B. die Universität ergänzt. In diesem Bereich sind bisher 30 MA geschult worden, die Zielgruppe umfasst ungefähr 150 Personen. Es ist sehr hohe Bereitschaft vorhanden. Das rückläufige Interesse an den gesamtstädtischen Fortbildungen ist durch viele Faktoren bedingt. PA versucht neue Angebote zu erstellen. Künftig sollten auch städtische Kolleg/innen als Trainer/innen ausgebildet werden. Dies spart Kosten. Der Anteil der Migranten in den verschiedenen Bereichen des Nachwuchses ist nahezu identisch. Auf die Frage, warum so wenige Nürnberger/innen bei der Stadt anfangen, weiß er auch keine konkrete Antwort. Bei der im April 2012 stattfindenden 2. Integrationskonferenz bietet sich vielleicht die Möglichkeit, zu diskutieren, wie die Stadt als Arbeitgeber attraktiver dargestellt werden kann. Bei verpflichtenden Maßnahmen hat man eher negative Erfahrungen gemacht, so waren manche TN wohl nur körperlich präsent. Es wird deshalb weiter auf Freiwilligkeit gesetzt. Er weist daraufhin, dass sich für die Beamtenlaufbahn auch Menschen mit EU- Staatsangehörigkeit bewerben können.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
Der Bericht hat zur Kenntnis gedient.

### Top 2 Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg Migration und Gesundheit: Eine erweiterte Fortschreibung der Bestandaufnahme von 2007

0.42.05		<b>Herr Dr. Baier /Gh</b> erläutert die Vorlage.
1.05.30		<b>Frau Liberova</b> greift einige Punkte auf, die für den IG-Rat besonders wichtig sind. Dies ist u.a. das Thema Sozialraumansatz. Hier stellt sich die Frage, ob die Zuwandererselbstorganisationen einbezogen sind. Sie regt an, einen Dolmetscherdienst analog zu München einzurichten. Nach ihrer Kenntnis gibt es dafür Zuschüsse beim Bayerischen Sozialministerium. Sie sagt eine Beteiligung des IG Rates bei der Gesundheitskonferenz zu.

1.10.18		<b>Frau StR Penzkofer-Röhl</b> sagt ihre Partei hält es für einen wesentlichen Ansatz sozialraumorientiert zu arbeiten und sie begrüßt ebenfalls die geplante Konferenz.
1.13.08		<b>Frau StR Leo</b> unterstützt ihre Vorrednerinnen.
1.14.53	-1.17.00	<b>Herr Weiss/Gh</b> weist auf die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, dem Kultursowie dem Schulbereich hin.

1.17.00 Folgende Empfehlung wird einstimmig beschlossen:

„Der Bericht zu „Migration und Gesundheit“ wird begutachtet. Die Kommission unterstützt den Vorschlag, im Rahmen einer Gesundheitskonferenz mit Ausrichtung auf migrationsbezogene Fragestellungen Absprachen für eine strategische Weiterentwicklung zu treffen, um die gesundheitliche Chancengleichheit in Nürnberg zu verbessern.“

### TOP 3 Zuschüsse der Stadt Nürnberg an Vereine und Initiativen für interkulturelle Projekte und Einzelaktivitäten – Neufassung der Vergaberichtlinien

1.17.30	-1.24.22	<b>Herr Markwirth/ KuF</b> stellt den Sachverhalt dar und erläutert die wesentlichen Änderungen. Er weist daraufhin, dass in der Tischvorlage der Beschluss des IG-Rates vom 29.11.2011 nachgereicht ist. Bei Redaktionsschluss für die Sitzung lag ferner die Stellungnahme des Finanzreferates noch nicht vor. Aus dieser Stellungnahme müssen drei formale Änderungen in die Richtlinien aufgenommen werden. Der geänderte Empfehlungsvorschlag liegt ebenfalls als Tischvorlage zur Abstimmung vor.
1.24.25		<b>Frau StR Zadek</b> begrüßt die Neufassung, weil nach ihrer Ansicht die gesellschaftlichen Veränderungen die Anpassung erforderlich machen. Angebote wie sie zu Zeiten der Ankunft der Gastarbeiter gemacht wurden, sind vielfach nicht mehr zeitgemäß. Eine Öffnung der Zuwanderergruppen ist ebenfalls erfolgt. Stichworte wie Dialog und Vielfalt der Kulturen sind aktuell und sollten sich in den Aktivitäten niederschlagen.
1.25.55		<b>Herr Göbbel</b> meint die Überarbeitung war überfällig. Er möchte es nicht versäumen, die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Amt für Kultur und Freizeit zu loben.
1.27.12		<b>Herr StR Höffkes</b> gibt bekannt, seine Fraktion werde der Vorlage auch im Stadtrat zustimmen.

1.28.10 Folgende Empfehlung wird **einstimmig** beschlossen:

„Die Kommission für Integration stimmt dem Entwurf der „Richtlinien für die Vergabe von Zuschüssen durch die Stadt Nürnberg an Vereine und Initiativen für interkulturelle Projekte und Einzelaktivitäten“ zu und empfiehlt dem Stadtrat, die Richtlinien in der vorliegenden Fassung mit den nachfolgenden Änderungen zu beschließen:

Neu aufgenommen wird:

Punkt II.4. Es werden keine auf Gewinnerzielung ausgerichteten (kommerziellen) Projekte gefördert.

Punkt III.8 wird ergänzt:

Weiter sind die bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Mittel darzustellen.

Punkt IV.9 wird folgendermaßen geändert:

Durch die Annahme des Zuschusses erhält die Stadt Nürnberg das Recht, Einsicht in die Bücher und Belege des Zuschussempfängers zu nehmen.

Diese Richtlinien ersetzen die "Richtlinien für die Vergabe von Zuschüssen durch die Stadt Nürnberg an Vereine und Initiativen im Bereich der interkulturellen Arbeit; gültig ab 01.01.2002".

### TOP 4 Migration und Alter: Bericht über Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund in Nürnberg

1.28.52		<b>Herr Schmitz/SenA</b> verweist auf die schriftliche Vorlage. Er hebt hervor, dass im „Migrantenbereich“ Familie und Religion eine enorm wichtige Rolle spielen. Ein besonderes Anliegen des Seniorenamtes ist daher der Aufbau eines Helferkreises aus verschiedenen Ethnien, die den Menschen die deutsche Versorgungslandschaft näher bringen könnten. Ohne solche Multiplikatoren stößt das Amt schnell an seine Grenzen.
1.35.26		<b>Frau StR Buchsbaum</b> macht darauf aufmerksam, dass die größten Gruppen -Polen und Rumänen-Aussiedler sind. Diese Menschen haben nicht die gleichen Probleme, da sie ganz anders in die

		Gesellschaft eingebettet sind und eine andere Ausgangslage haben.
1.38.25		<b>Frau StR Penzkofer-Röhl</b> sagt die Standpunkte der SPD-Fraktion in Bezug auf Migration und Gesundheit könnten auf dieses Thema übertragen werden. Als besonders hervorragend möchte sie auch das Projekt des TIM e.V. herausstellen, das die Themen „alternde Stadtgesellschaft“, „Motivierung von Ehrenamtlichen“ sowie „Integration leben“ beinhaltet. Leider sind die benötigten Gelder in Höhe von 20.000 Euro für 3 Jahre noch nicht gesichert. Sie appelliert an alle Mitglieder, Überlegungen für Lösungen anzustellen. Desweiteren wünscht sie sich mehr Migranten im Stadt-seniorenrat.
1.41.24		<b>Herr Fernandez /IG Rat</b> legt dar, dass die erste Gastarbeitergeneration bestmögliche Versorgung im Rentenalter bekommen sollte, da diese Menschen wesentlich am Aufbau der Wirtschaft beteiligt waren.
1.42.15	-1.44.05	<b>Frau StR Alesik</b> erinnert an die Gruppe der Demenzkranken, sie haben es nach ihrer Ansicht besonders schwer. Die Familien seien häufig überfordert. Sie appelliert an alle, freiwillige Personen zu finden, die sich um diese Menschen kümmern könnten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
Der Bericht hat damit zur Kenntnis gedient

### Top 5 Ausbau der Kindertageseinrichtungen und Versorgung der Kinder mit Migrationshintergrund

1.44.20		<b>Herr Pröhl</b> verweist auf die schriftliche Vorlage.
1.46.00		<b>Frau Liberova</b> begrüßt die Plakataktion, hat jedoch Skepsis ob viele Eltern erreicht werden. Sie schlägt vor, um einer Diskriminierung auszuweichen, sollten alle Ausweise eingesammelt werden.
1.48.45		<b>Herr Rester /J</b> gibt bekannt, dass das Jugendamt noch Ursachenforschung betreibt, warum viele Kinder weniger als 3 Jahre in Kindertageseinrichtungen gehen. Die Informationsmaßnahmen werden ständig ausgebaut. Der Vorschlag hinsichtlich der Ausweisprüfung von Frau Liberova wird geprüft.
1.51.40		<b>Frau StR Loos</b> ist nicht der Meinung, dass alle Kinder in den Kindergarten gehen müssen. Der Wille der Familie sollte respektiert werden.
1.53.10		<b>Frau StR Arabackyj</b> widerspricht Frau Loos, da nach ihrer Ansicht der Besuch des Kindergartens mehr Chancengleichheit für die Schule biete.
1.54.32		<b>Herr Pröhl</b> stellt klar, dass in der Verfassung geregelt ist, welche Eingriffstatbestände in die Familie zulässig sind. Dies sind nur die Schulpflicht und die Kindeswohlgefährdung.
1.56.16	-1.56.30	<b>Herr Krikelis</b> meint, der Besuch von Kindertageseinrichtungen fördere auch die Integration der Eltern.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
Der Bericht hat damit zur Kenntnis gedient

### TOP 6 Elternbeiräte mit Migrationshintergrund Beschluss des Rates für Integration und Zuwanderung vom 12.04.2011

1.56.47		<b>Herr Pröhl</b> verweist auf die Vorlage.
1.57.03		<b>Herr StR Agathagelidis</b> legt dar, wie wichtig Elternbeiräte sind; inhaltlich könne vieles bewegt werden. Er bedankt sich für den guten Bericht.
2.00.35	-2.03.00	<b>Herr Göbbel</b> begrüßt, dass es keine Überlegungen gibt, eine Quote einzuführen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
Der Bericht hat damit zur Kenntnis gedient

### TOP 7 Anerkennungsverfahren für pädagogisches Personal beim Jugendamt

2.03.18		<b>Herr Pröhl</b> verweist auf die Vorlage.
2.03.25		<b>Frau Liberova</b> meint, man müsse sich künftig noch mehr mit dem Thema befassen, da auch im sozialen Bereich der Fachkräftemangel ein Thema sei. Für das Problem „Sprache“ müssten Lösungen überlegt werden.

2.06.03		<b>Herr StR Höffkes</b> merkt an, seine Fraktion habe den Eindruck, die Kommission werde mit Berichten überfrachtet. Nicht unbedingt jede Anfrage sollte in der Kommission behandelt werden. Es sollte abgewägt werden, ob nicht auch eine schriftliche Anfrage oder ein Bericht im IG-Rat ausreichen würde.
2.07.25		<b>Frau Wolff/ J</b> informiert, der Knackpunkt „Sprache“ wurde inzwischen auch beim Bayerischen Ministerium erkannt. Dort gibt es bereits Überlegungen eine spezielle Sprachprüfung z.B. mit B2 Niveau einzuführen.
2.08.00	-2.09.50	<b>Frau Liberova</b> pocht darauf, dass die Anliegen des IG-Rates in dieser Kommission behandelt werden, da nach ihrer Ansicht ein Austausch mit den Fachleuten wichtig ist.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
Der Bericht hat damit zur Kenntnis gedient

#### **TOP 8 Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) Beschluss des Integrationsrates vom 31.05.2011**

2.10.03		<b>Herr Pröiß</b> hebt hervor, dass der Stadtrat die Wichtigkeit des Thema's erkannt hat und für das nächste Jahr sehr viele Stellen für Jugendsozialarbeiter an Schulen bewilligt hat.
---------	--	---

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
Der Bericht hat damit zur Kenntnis gedient

#### **TOP 9 Schulfahrten und Ausflüge von Jugendzentren mit minderjährigen Flüchtlingen Antrag der SPD Fraktion vom 13.09.2011**

2.12.39		<b>Herr Kuch/ EP</b> informiert, dass das Einwohnermeldeamt seit 2008 intern geregelt hat, dass die Behörde Schulausflügen und Klassenausflügen grundsätzlich zustimmt.
2.13.39		<b>Frau StR Arabackyj</b> bedankt sich für diese Aussage.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
Der Bericht hat damit zur Kenntnis gedient

2.14.56 TOP 10 Die „Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2011“ wird – einstimmig - angenommen.

Ende des öffentlichen Teils: 17.20 Uhr

Die Vorsitzende

Die Protokollantin

Frau StR Heinrich

Frau Walter